

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

21. Jahrgang Berlin, den 10. September 1954 Nummer 37

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Die konjunkturelle Bedeutung der Umsatz- und Gewinnsituation in den Vereinigten Staaten von Amerika

Die erhöhte Dividendenausschüttung der amerikanischen Kapitalgesellschaften im ersten Halbjahr 1954 — die Dividendenzahlungen haben im Vergleich zu den Vorjahrsmonaten um 7 vH zugenommen — hat die durch die Flüssigkeit des Geld- und Kapitalmarktes gestützte Hausse-Bewegung der Börse begünstigt, die nun ihrerseits wieder als Ausdruck gesunder und stabiler wirtschaftlicher Verhältnisse gewertet wird. Der Konjunkturforscher wird sich fragen, welche realen Vorgänge hinter dieser günstigen Dividendenentwicklung stehen und wie sie konjunkturell zu beurteilen sind.

Die Geschäftsergebnisse von 660 führenden amerikanischen Kapitalgesellschaften zeigen für das I. Halbjahr 1954 Nettogewinne (d. h. Gewinne nach Abzug der Steuern), die insgesamt um 2 vH über dem entsprechenden Vorjahrsniveau liegen; bei den 457 Gesellschaften der verarbeitenden Industrie haben sich die Verhältnisse noch günstiger gestaltet. Hier übersteigen die halbjährlichen Nettogewinne das Vorjahrsergebnis um 7 vH. Hinter diesen Globalziffern aber verbergen sich stark differenzierte Gewinnbewegungen einzelner Unternehmungen und Industriezweige. So weisen zum Beispiel von den erfaßten Unternehmungen 52 vH eine zum Teil wesentliche Zunahme, die restlichen 48 vH eine im ganzen genommen geringere Abnahme der Nettogewinne aus. Eine ausgeprägte Steigerung der Nettogewinne kennzeichnet dabei die Ertragslage der Büromaschinen- und papierverarbeitenden Industrie (+ 23 vH) sowie der Lebensmittel- und elektrotechnischen Industrie (+ 18 bzw. 17 vH). Dagegen hatten vor allem die Textil- und Bekleidungsindustrie (— 64 vH), die Lokomotiven- und Waggonbauindustrie (— 19 vH) und die Eisen-

und Stahlindustrie (— 16 vH) einen Rückgang der Nettogewinne zu verzeichnen.

Wird die Nettogewinnentwicklung mit den Umsätzen der statistisch erfaßten Gesellschaften der verarbeitenden Industrien verglichen, so zeigt sich, daß die Zunahme der Nettogewinne mit einem Rückgang der Umsätze um 7 vH verbunden war. Von dieser Umsatzschrumpfung waren jeweils zwei von drei berichtenden Unternehmungen betroffen. Die Brutto-Gewinne (d. h. Gewinne vor Abzug der Steuern) insgesamt sanken im ersten Halbjahr 1954 im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahrsergebnissen sogar um 18 vH, wobei wiederum zwei von drei Gesellschaften eine Abnahme meldeten. Da jedoch insgesamt die finanzielle Belastung der Unternehmungen hauptsächlich infolge Abschaffung der Übergewinnsteuer in diesen Monaten um mehr als ein Drittel sank, wurde der Rückgang der Bruttogewinne überkompensiert, so daß der Nettogewinn wuchs.

Die erhöhten Dividendenausschüttungen dürften, soweit sie nicht überhaupt aus den Rücklagen ermöglicht wurden, wie etwa bei den Gesellschaften, die trotz der geringeren Steuerbelastung einen Verlust erlitten, somit z. T. unabhängig von dem Geschäftsumfang des ersten Halbjahres vorgenommen worden und daher nur bedingt als ein Symptom für das wirtschaftliche Klima der Vereinigten Staaten in der ersten Hälfte des Jahres zu werten sein.

Kennzeichnender für die augenblickliche konjunkturelle Situation der Vereinigten Staaten ist jedoch der im Zeichen des Käufermarktes verschärfte Wettbewerb, der stets Ausdruck eines zumindest potentiellen Warenüberangebots ist. Der intensivierte Konkurrenzkampf hat in wichtigen Industriezweigen eine neue Welle von

— bereits verwirklichten oder in Erwägung gezogenen — Zusammenlegungen ausgelöst. So zeichnen sich neue Zusammenschlüsse in der Automobil- und Traktorenindustrie, der Stahlindustrie, der Textil- und Chemieindustrie und im Verkehrswesen (Eisenbahngesellschaften) ab, um nur die wichtigsten Bereiche aufzuführen. Der Grund für diese Zusammenschlußbewegung liegt in dem Wunsch nach erhöhter Wettbewerbsfähigkeit, mag sie in einer Rationalisierung des Einkaufs, des Produktionsprozesses oder des Verkaufs gesucht werden. Jedenfalls hat die Entwicklung in der Periode der konjunkturellen Abschwächung wieder einmal gezeigt, daß die großen Unternehmungen mit einem vielseitigen Produktionsprogramm in ihrer Umsatz- und Gewinngestaltung besser abgeschnitten haben, als Mittel- und Kleinbetriebe, die häufig starke Verluste hinnehmen mußten. Die natürliche Folge hiervon ist der Drang nach einem Zusammenschluß von vorwiegend Mittelbetrieben oder auch Mittel- und Kleinbetrieben zu einem Großunternehmen, das stabilere Produktion und Gewinne verspricht.

Die Frage, welche Rückwirkungen diese divergierende Umsatz- und Nettogewinnentwicklung einerseits und die Zusammenschlußbewegung andererseits auf die Investitionsbereitschaft, d. h. auf die Durchführung von Anlageinvestitionen in der privaten Wirtschaft haben werden, läßt sich wohl kaum eindeutig beantworten. Immerhin sind wichtige Anhaltspunkte gegeben. Auf der einen Seite sprechen die Umsätze, die, wie erwähnt, bei

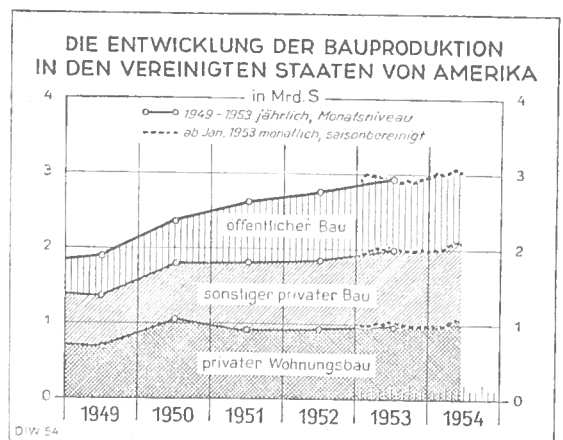
leicht erhöhtem Preisniveau um 7 vH zurückgegangen sind, eine beredete Sprache vom Vorhandensein ungenutzter Kapazitäten in wohl allen gewerblichen Bereichen. Auf der anderen Seite ist durch den Fortfall der Übergewinnsteuer und die jetzt durch den Kongreß verabschiedete Steuerreform die finanzielle Voraussetzung für eine rege Investitionstätigkeit in verstärktem Umfange gegeben. Durch erleichterte Abschreibungsmöglichkeiten und Milderung der Doppelbesteuerung der Dividendeneinkommen soll jedenfalls der Spielraum der Unternehmungen für Anlageinvestitionen sowohl über zusätzliche eigene Mittel als auch über erhöhte Bereitstellung von Risiko-Kapital erweitert werden. Wägt man das Für und Wider der Fakten gegeneinander ab, so scheint das Problem der Überkapazität immerhin so gewichtig, daß eine Steigerung der Investitionstätigkeit über das gegenwärtig nur geringfügig unter dem bisherigen Höchststand liegende Niveau hinaus wenig wahrscheinlich ist. Damit müssen vorläufig die Aussichten als gering angesehen werden, daß aus den marktwirtschaftlichen Kräften heraus ein Wachstum des amerikanischen Sozialprodukts gewährleistet ist, das ausreichen würde, um die neu hinzutretenden und die im Verlauf der steigenden Produktivität freigesetzten Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß voll einzugliedern. Bei einer vielleicht auf längere Zeit hinaus unterbeschäftigten amerikanischen Wirtschaft werden sich aber Rückwirkungen auf den Welthandel, sowohl von der Ein- als auch von der Ausfuhrseite her, kaum vermeiden lassen.

Die Baukonjunktur in den Vereinigten Staaten von Amerika

Der amerikanische Bauproduktionsmarkt war im letzten Jahr durch eine Sonderentwicklung gekennzeichnet, die von dem Konjunkturrückgang nicht mit erfaßt wurde, sondern im Gegenteil dazu beitrug, daß der Rückgang kein größeres Ausmaß annahm und inzwischen sogar zum Stillstand gebracht werden konnte. Die Beurteilung der weiteren Entwicklung der Baukonjunktur ist daher für die Beurteilung des zukünftigen Verlaufs der Gesamtkonjunktur besonders wichtig. Das Ausmaß des Anstiegs der Bauproduktion war bisher allerdings nicht so groß, daß die Abschwächung der „recession“ nur ihm allein zuzuschreiben wäre. Ebensovienig kann daher auch erwartet werden, daß ein weiterer Anstieg der Bauinvestitionen im bisherigen Tempo schon genügen wird, einen neuen Konjunkturaufschwung herbeizuführen.

Die gesamte Bauproduktion ist saisonbereinigt im ersten Halbjahr dieses Jahres weiter um rund 3 vH gestiegen. Der Anstieg war damit wieder

etwa ebenso groß wie im ersten Halbjahr des Vorjahres; er hat sich im Juli und August dieses Jahres im bisherigen Ausmaß fortgesetzt. Die Bautätigkeit nahm aber nicht in allen Bau-sektoren gleichmäßig zu; die Zunahme be-



schränkte sich vielmehr fast ausschließlich auf den privaten Wohnungsbau, der saisonbereinigt im ersten Halbjahr 1954 um rund 9 vH stieg. Er ist allerdings — gemessen an seinem Anteil an der gesamten Bautätigkeit — von großer Bedeutung. Die Bauproduktion setzte sich im Jahre 1953 annäherungsweise zu einem Drittel aus privaten Wohnungsbauinvestitionen, zu einem weiteren Drittel aus allen übrigen privaten Bauinvestitionen und zum restlichen Drittel aus öffentlichen Bauinvestitionen zusammen.

Dagegen stand die Bauproduktion für die gewerbliche Wirtschaft in Übereinstimmung mit dem allgemeinen Konjunkturverlauf: sie stagnierte, wenn man von Saisoneinflüssen absieht, im ersten Halbjahr dieses Jahres und trug somit nichts zur Sonderkonjunktur des Baumarktes bei. Ebenso nahm die Bautätigkeit der Öffentlichen Hand im ersten Halbjahr dieses Jahres — saisonbereinigt — nicht mehr zu. Auch ist in der nächsten Zukunft kaum mit einer nennenswerten Zunahme zu rechnen, obwohl der Bedarf an neuen Straßen, Schulen, Krankenhäusern und anderen öffentlichen Bauten an sich sehr groß ist, denn die Finanzierung dieser Vorhaben obliegt weitgehend den Einzelstaaten und Gemeinden, die in ihrer Haushaltsgebarung verhältnismäßig eingeengt sind.

Die gegenwärtige Baukonjunktur der USA wird somit durch die private Wohnungsnachfrage getragen, deren Unabhängigkeit von der allgemeinen Konjunkturentwicklung zunächst als ungewöhnlich erscheint. Diese Unabhängigkeit erklärt sich jedoch daraus, daß auch die Summe der verfügbaren Einkommen vom Konjunkturrückgang unberührt blieb¹⁾. Das Ansteigen der privaten Wohnungsnachfrage auch während des Konjunkturrückgangs steht darüber hinaus in Übereinstimmung mit der gegenwärtigen Verschiebung der Nachfragestruktur, bei der der Anteil der Ausgaben für Nutzungen und Dienste — in ihnen sind die Ausgaben für Wohnungsnutzungen einschließlich der fiktiven Ausgaben für die Nutzung eigenen Wohnraums mit enthalten — stieg.

In den Kriegs- und Nachkriegsjahren hatte sich die Nachfragestruktur gegenüber der Vorkriegszeit zuungunsten der Nachfrage nach Nutzungen und Diensten verschoben. So fiel der Anteil der Ausgaben für Wohnungsnutzungen an den gesamten Konsumausgaben von 13 vH kurz vor dem zweiten Weltkrieg auf 9 vH nach Kriegsende. Dieser Rückgang ist allerdings zum Teil auf die Mietenkontrolle, die während des Krieges ein Stabilbleiben des Mietenniveaus bei kräftigem

Anstieg des Preisniveaus aller anderen Konsumgüter zur Folge hatte, zurückzuführen, zum Teil auf kriegsbedingte Einschränkungen des Wohnungsbaus. Der Wohnungsmangel konnte infolge der langen Produktionsdauer und der nur langsam wachsenden Kapazität der Bauwirtschaft zunächst nicht so schnell behoben werden wie die Knappheit an den meisten anderen Gütern. Ab 1948 stieg der Anteil der Ausgaben für Wohnungsnutzungen am gesamten privaten Verbrauch wieder an und erreichte im Jahre 1953 rund 14 vH. Da zwischen 1946 und 1953 das Preisniveau aller Konsumgüter und das Mietenniveau im gleichen Ausmaß stiegen, läßt diese Anteilsverschiebung eine Steigerung der realen Wohnungsnachfrage erkennen. Die Bereitstellung an Wohnraum übertraf im Jahre 1953 somit bereits die der Vorkriegszeit.

Im laufenden Jahr hat sich der Anteil der Wohnungsausgaben — allerdings bei fortgesetztem Anstieg des Mietenniveaus, aber ungefähr gleichbleibendem Konsumgüterpreisniveau — weiter erhöht. Auch diese weitere relative Zunahme, die bei gleichbleibendem verfügbaren Einkommen und Gesamtverbrauch in den letzten Monaten gleichzeitig eine absolute Zunahme der Wohnungsnachfrage bedeutet, ist kaum mehr auf die Deckung eines als Kriegsfolge noch immer bestehenden Nachholbedarfs an Wohnungen zurückzuführen. Ein solcher ist wohl nur noch wegen der Überalterung des vorhandenen Wohnraumes gegeben. Die Zunahme der Wohnungsnachfrage, die gegenwärtig auch von der Finanzierungsseite her begünstigt wird, ist vielmehr eine Folge der Änderung der Lebensgewohnheiten. Einmal wird heute der Wohnkultur mehr Gewicht beigemessen — mehr und besserer Wohnraum wird beansprucht, eine größere Bevölkerungszahl erstrebt den Besitz von Eigenheimen, was in größeren Städten zur Abwanderung in die Vororte führt. Zum anderen ändert sich die Familienstruktur — die Anzahl der Familien mit hoher Kinderzahl, die mehr Wohnraum beanspruchen, nimmt zu, gleichzeitig werden mehr Einzelhaushalte von Personen gegründet, die bisher entweder zu einem Familienhaushalt gehörten oder in Untermiete wohnten.

Abschwächend auf den Anstieg der absoluten Wohnungsnachfrage wirkte sich jedoch der Rückgang der Eheschließungen in der Nachkriegszeit aus, der auf den Geburtenrückgang vor und während der Weltwirtschaftskrise zurückzuführen ist. Erst Ende der dreißiger Jahre stiegen die Geburten wieder an, nachdem sich im Laufe dieses Jahrzehnts der Geburtenrückgang abgeflacht hatte. Da in den Vereinigten Staaten Ehen überwiegend im Alter zwischen 20 und 25 Jahren ge-

¹⁾ Vgl. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 1954, 2. Heft, S. 111.

schlossen werden, ist mit einem Anstieg der Zahl der Eheschließungen erst wieder nach 1960 zu rechnen; doch wird ihr Rückgang bis dahin aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr erheblich sein.

Die Abnahme der Haushaltsneugründungen infolge zurückgehender Eheschließungen wurde in ihren Auswirkungen auf den Wohnungsbedarf in den letzten Jahren überkompensiert durch Neugründung von Ein-Personen-Haushalten, Haushaltsausweitungen und zusätzlicher Nachfrage nach neuen Wohnungen als Ersatz für veraltete oder dem höheren Lebensstandard nicht mehr angemessene Wohnungen. Ob hiermit auch in den nächsten Jahren gerechnet werden kann, wird zum größten Teil von der zukünftigen Einkommensentwicklung abhängen. Allerdings ist nur noch eine geringere Nachfrage auf Grund geänderter Lebensgewohnheiten als Ersatz für den Nachfrageausfall infolge zurückgehender Eheschließungen erforderlich. Eine längere Stagnation der Einkommen wird schließlich auch die Wohnungsnachfrage nicht unberührt lassen, denn eine fortgesetzte Steigerung des Anteils der Wohnungsaufwendungen an den gesamten Konsumausgaben kann nicht erwartet werden.

Die Möglichkeit einer vom Wohnungsbau ausgehenden anhaltenden Sonderkonjunktur am amerikanischen Bauparkt bei weiterer Stagnation oder erneutem Rückgang der übrigen Wirtschaft ist daher kaum gegeben. Die Wohnungsbaukonjunktur kann vielmehr auf die Dauer nur bei einem erneuten allgemeinen Konjunkturanstieg gehalten werden.

Eine Förderung der privaten Wohnungsnachfrage von seiten des Staates erfolgte in den letzten Jahren durch die Garantieübernahme für niedrigverzinsliche Darlehen, die ehemaligen Kriegsteilnehmern und Beziehern verhältnismäßig niedriger Einkommen zum Hauskauf gewährt wurden. Die Regierung hat zur weiteren Stützung und Anregung der privaten Wohnungsnachfrage jetzt die Tilgungsbedingungen dieser staatlich gesicherten Kredite erleichtert, die Höchstgrenze der von ihr garantierten Kredite erhöht, den für den Hauskauf notwendigen Anzahlungsbetrag herabgesetzt und auch die Bedingungen für die zum Kauf oder zur Reparatur und Modernisierung alter Häuser aufgenommenen Kredite günstiger gestaltet. Mit dieser Er-

leichterung soll der bisher stockende Absatz an alten Häusern gefördert und damit dem Hausbesitz der Erwerb neuer Häuser ermöglicht werden.

Die staatliche Hilfestellung ermöglicht zwar einem größeren Personenkreis die Aufnahme von Krediten unter günstigen Bedingungen, für die Inanspruchnahme dieser Kredite bleibt jedoch auch weiterhin die wirtschaftliche Situation des einzelnen bedeutsam. Die staatlichen Maßnahmen können wohl dazu beitragen, daß sich der Anteil der Wohnungsausgaben am Gesamtkonsum noch weiter erhöht, doch ist damit allein selbstverständlich keine dauernde Unabhängigkeit der Wohnungsbaukonjunktur von der übrigen Konjunkturentwicklung zu erreichen.

Neben der weiteren Zunahme der privaten Wohnungsnachfrage wirkte auch die Rückkehr zur Politik des billigen Geldes — wenn auch nicht im gleichen Ausmaß — belebend auf den Wohnungsbau. Von der allgemeinen Zinssenkung am amerikanischen Geld- und Kapitalmarkt seit Mitte 1953 wurden allerdings bisher die Hypothekenzinssätze nur wenig erfaßt. Die Politik des billigen Geldes hat sich in erster Linie insofern ausgewirkt, als der Kauf von Hypotheken im Vergleich zu anderen Anlagen wieder lohnender geworden ist, nachdem er bis Sommer 1953 bei damals noch steigendem allgemeinen Zinsniveau an Ertragschancen zunehmend verloren hatte. Der Zinsfuß für Hypothekarkredite beträgt zur Zeit 4 bis 4,5 vH. Das Angebot an Hypothekarkrediten ist heute aus diesen Gründen und auch infolge der allgemeinen Geldmarktflüssigkeit überreichlich. Dies gilt auch für staatlich garantierte Kredite, deren Aufnahme Anfang 1953 besonders schwierig war, weil ihre Zinssätze niedriger sind als die der übrigen Hypothekarkredite. Der Ausgabekurs der staatlich garantierten Hypotheken steht jetzt wieder auf pari, nachdem er im vergangenen Jahr darunter gesunken war.

Die günstigere Kreditlage hat die Bauunternehmer schon veranlaßt, einen größeren Teil der Neubauten auf eigene Rechnung zum späteren Verkauf zu erstellen als in früheren Jahren. Ob diese vermehrten „spekulativen“ Neubauten zu einem Überangebot an Wohnraum führen werden, bleibt abzuwarten. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, daß eine steigende Tendenz der Nachfrage nach Eigenheimen sowohl absolut als auch anteilmäßig besteht.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Burgstraße 160.
Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Ferdinand Grünig,
Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.
Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Rolf Wagenführ, Dr. Eduard Wolf.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2
Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 63, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung) im Inland DM 30,—, halbjährlich DM 16,—, vierteljährlich DM 9,—

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit †)	1953										1954						
			Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli		
Anzahl der Werktage:			23	25,2	27	25,8	26	27	24,1	25	24,8	24	27	24	24	24	27		
Bank deutscher Länder																			
Goldbestand ¹⁾	BRD	Mill. DM	E	879,9	879,9	941,2	1035,5	1088,6	1184,9	1272,8	1367,8		1429,4	1551,2	1626,6	1738,3	1706,6	1753,7	2006,3
Guthaben in ausl. Währung ¹⁾	"	"	"	4738,2	5052,1	5451,8	5719,6	5781,4	6000,6	6190,4	6497,2		6816,9	7011,1	7290,0	7341,9	7466,9	7693,8	7667,7
Inlandswechsel	"	"	"	1482,4	1413,0	1330,8	1328,3	1534,4	1413,2	1266,1	1875,7		1366,0	1291,8	1232,5	1027,4	1040,3	1102,7	1032,3
Lombardforderungen	"	"	"	371,3	356,9	357,8	325,6	341,4	309,1	397,8	168,9		263,8	329,6	228,3	178,0	269,3	160,2	97,9
Forderung geg. d. öff. Hand	"	"	"	4686,9	4508,3	4566,1	3988,4	3839,6	3660,1	3434,4	3038,4		2572,9	2520,9	2387,9	2639,0	2462,1	2062,7	2398,4
Einlagen, insgesamt	"	"	"	1588,4	1543,8	1685,8	1458,9	1436,3	1319,7	1249,3	1798,2		1254,6	1277,6	1413,3	1453,0	1538,7	1213,6	1607,9
Zahlungsmittelumlauf ²⁾	"	"	"	11576	11659	11882	11971	12136	12240	12282	12435		12128	12329	12181	12484	12400	12446	12651
Geldvolumen																			
Insgesamt ³⁾	BRD	Mill. DM	S	35338	35670	36294	37189	37679	37500	38078	39503	¹⁶⁾	39332	39609	40312	40354	40619	40716	40722
dar. Bankeinlagen ⁴⁾	"	"	"	24837	25105	25503	26330	26662	26351	26952	27531		27665	27724	28521	28319	28733	28786	28587
dar. Sichteinlagen von Wirt- schaft und Privaten	"	"	"	10568	10573	10706	10842	10884	11072	11262	11460		11038	10928	10974	11464	11644	11506	11861
Sichteinlagen deutscher öffentlicher Stellen	"	"	"	3576	3902	3682	4131	4369	4079	4549	5107		5442	5653	6137	5565	5928	6420	5943
Geschäftsbanken																			
Einlagen (einschl. v. Kreditinst.)	BRD	Mill. DM	E	34494	34859	35791	36400	36638	370291	37904	38722		39867	40825	41433	42476	42841	42814	.
Kurzfristige Forderungen	"	"	"	23149	23476	24204	24001	24488	247981	24938	24872		25990	26070	26370	27007	26945	26867	.
Reservesatz (Verhältnis d. Bar- reserven zu den Sichteinlag.)	"	vH	"	20,9	21,2	21,0	22,3	21,3	21,3	21,1	27,7		20,1	22,2	22,2	20,6	21,9	23,4	.
Finanzen¹⁴⁾																			
Kassenmäß. Einnahm. a. Steuern, Zöllen und Abgaben, insgesamt ⁵⁾	BRD	Mill. DM	S	1998,6	3096,8	2401,0	2095,3	3031,2	2237,1	2155,7	3227,7		2495,8	1811,4	3042,0	2007,6	2069,9	3149,3	2320
Besitz- und Verkehrssteuern ⁶⁾	"	"	"	1534,3	2575,6	1848,0	1565,3	2500,0	1679,1	1621,6	2698,7		1942,3	1371,4	2509,7	1549,5	1572,2	2636,6	1785
Lohnsteuer	"	"	"	316,6	337,7	332,5	301,5	292,0	323,9	312,8	324,1		402,9	271,5	239,8	248,4	297,1	288,1	235
Veranl. Einkommensteuer	"	"	"	237,6	797,8	311,8	235,6	719,4	229,8	169,1	688,7		204,9	135,3	722,2	198,6	178,5	749,9	262
Umsatzsteuer	"	"	"	691,0	682,1	795,5	736,8	712,8	818,1	789,5	744,8		966,0	643,6	649,0	797,5	753,5	750,3	839
Körperschaftsteuer	"	"	"	89,7	515,1	106,5	85,7	526,3	91,5	75,2	591,9		103,1	62,5	597,1	73,9	69,9	551,6	79
Zölle und Verbrauchsteuern	"	"	"	464,3	521,2	553,0	530,3	531,3	557,9	534,1	529,0		553,5	440,0	532,3	459,0	497,7	512,6	535
Spareinlagen																			
Insgesamt	BRD	Mill. DM	S	8659,4	8902,4	9125,8	9375,4	9613,9	9976,8	10312,3	11240,9		12012,8	12762,0	13209,3	13524,2	13837,6	14244,2	.
dar. Kreditbanken	"	"	"	1214,3	1248,6	1262,4	1288,7	1316,5	1357,8	1396,3	1652,5		1734,3	1802,8	1855,8	1909,1	1956,6	2087,5	.
Sparkassen	"	"	"	5691,2	5842,5	5993,8	6162,0	6313,4	6556,3	6787,0	7326,3		7845,3	8389,1	8682,4	8877,7	9082,2	9294,0	.
Kreditgenossenschaften	"	"	"	1287,9	1320,0	1353,2	1391,0	1430,4	1484,7	1530,2	1637,7		1760,4	1865,5	1939,9	1988,1	2030,1	2075,0	.
Postsparkassenämter	"	"	"	423,0	447,7	471,8	488,3	507,4	527,3	547,3	568,2		613,3	641,0	665,6	681,6	699,4	717,0	741,9
Saldo der Gut- und Lastschriften	"	"	"	+ 194,6	+ 217,9	+ 198,4	+ 239,1	+ 216,7	+ 339,8	+ 313,1	+ 720,9		+ 671,2	+ 701,8	+ 411,5	+ 293,5	+ 291,8	+ 383,6	+ 265,7
Emissionen																			
Aktien	BRD	Mill. DM	S	31,9	51,0	5,1	9,7	21,4	36,3	6,0	29,5		31,5	20,1	13,0	8,5	46,4	33,8	57,6
Langfr. Schuldverschreibungen ⁸⁾	"	"	"	152,0	217,5	296,5	341,0	174,3	370,0	340,4	562,9		266,2	496,9	605,8	549,1	172,7	584,6	464,8
Boden- und Kommunal- Kreditinstitute																			
Umlauf an Schuldverschreibung, dar.	BRD	Mill. DM	E	2440	2543	2637	2731	2828	2989	3140	3143		3675	3810	3962	4135	4380	.	.
Hypotheken-Pfandbriefe	"	"	"	1799	1837	1901	1962	2041	2159	2258	2454		2590	2676	2759	2873	3051	.	.
Kommunalobligationen ⁷⁾	"	"	"	599	660	688	722	740	780	829	936		1032	1079	1148	1206	1271	.	.
Darlehensbestand, insgesamt ⁸⁾	"	"	"	6655	6879	7056	7336	7599	7865	8119	8484		8665	8877	9121	9333	9566	.	.
Deckungsdarlehen	"	"	"	3362	3477	3600	3729	3843	3953	4072	4304		4406	4530	4667	4779	4934	.	.
Darlehen aus öfftl. Mitteln	"	"	"	2263	2322	2327	2413	2496	2572	2649	2701		2739	2815	2860	2917	2975	.	.
Sonstige Darlehen	"	"	"	1030	1080	1129	1193	1260	1341	1398	1478		1519	1532	1594	1617	1657	.	.
Kreditsicherheit																			
Wechselproteste bei Kredit- instituten und Postanstalten ⁹⁾	BRD	Anzahl 1000 DM	S	41715	41528	41807	38285	38979	41519	39486	42646		38877	37472	46106	45893	50096	51937	.
Vergleichsverfahren	"	Anzahl	"	23179	23995	23693	21906	22177	24303	23941	26509		23088	21413	27263	26999	27986	29890	.
Konkurse ¹⁰⁾	"	Anzahl	"	100	129	115	103	118	80	105	103		100	101	108	126	95	109	.
	"	Anzahl	"	311	320	375	312	300	381	347	370		314	367	384	400	401	349	.
Aktienkursniveau																			
Kursdurchschnitt für Grundstoffindustrien	BRD	in vH des Nominal- wertes	E	72,02	72,85	73,62	80,63	87,87	92,99	89,67	88,87		90,92	96,06	97,82	98,79	106,56	115,66	123,54
Eisen- und Metallbearbeitung	"		"	96,24	96,02	100,22	106,48	108,47	110,80	109,76	109,54		113,39	116,82	115,80	116,06	120,90	121,34	127,37
Sonstige verarbeit. Industrien	"		"	91,73	92,75	94,34	98,07	100,34	103,07	104,66	106,60		111,88	113,97	115,90	116,68	118,67	120,54	124,17
Handel und Verkehr	"		"	89,92	90,96	92,47	94,51	98,93	103,92	105,12	105,77		108,52	111,09	111,36	111,62	114,35	120,53	124,28
Industrie, Handel u. Verkehr zus.	"		"	81,08	81,86	83,28	88,85	94,16	98,46	97,03	97,01		99,95	103,96	105,20	105,95	111,48	117,34	124,21
	"		"																
Kurse der 4% Wertpapiere																			
Kursniveau, insgesamt	BRD	vH	E	81,77	81,20	80,87	79,89	79,73	79,58	79,47	79,15		79,39	79,95	80,48	80,81	81,92	84,45	85,82
Pfandbriefe der Hyp.-Banken	"	"	"	82,02	80,98	80,29	78,54	78,22	77,83	77,11	76,16		76,29	76,74	77,20	77,30	79,10	82,78	84,57
Kommunalobligationen der öf. rechtl. Kreditanst.	"	"	"	84,04	84,00	84,00	84,00	84,00	83,85	83,83	83,83		83,83	83,83	83,83	83,83	83,83	84,08	84,75
Industrieobligationen	"	"	"																

Gegenstand	Einheit†)		Vorjahr					Gegenwart									
			2.-8. August 1953	9.-15. August 1953	16.-22. August 1953	23.-29. August 1953	30.Aug. bis 5.Sept. 1953	4.-10. Juli 1954	11.-17. Juli 1954	18.-24. Juli 1954	25.-31. Juli 1954	1.-7. August 1954	8.-14. August 1954	15.-21. August 1954	22.-28. August 1954	29.Aug bis 4.Sept. 1954	
			31.	32.	33.	34.	35.	27.	28.	29.	30.	31.	32.	33.	34.	35.	
Woche:																	
Arbeitsmarkt																	
Arbeitslose in Westdeutschland	1000	M; E	.	999	.	.	968	.	.	.	934	.	.	.	.	.	879
" West-Berlin	"	"	.	222	.	.	219	.	.	.	175	.	.	.	.	.	164
Versicherte Arbeitslose in USA	"	Sa	911	873	853	844	815	2094	2095	.	.	.	.	.	.	.	.
Produktion																	
Geschäftstätigkeit in USA	9)1947/49=100	Sa	238,0	241,5	241,2	237,6	235,8	122,6	122,9	124,2	123,1	122,1	123,6	123,1	122,4	.	.
Industrieproduktion in USA	"	"	231,0	230,5	232,9	231,8	232,3	128,9	128,2	127,5	126,5	126,5	126,8	125,6	126,8	.	127,5
Steinkohlenföderung. in Westdschld. 1)	1000 t	WS	2371	2350	2369	2375	2350	2495	2500	2494	2467	2442	2441	2477	2489	.	.
" Großbritannien	"	"	2434	3740	4265	4343	4439	4085	4114	3642	2442	3730	3733	4245	.	.	4375
Kohlenförderung in USA	"	"	8528	8691	8686	8686	8682	4853	6545	6373	6378	6718	7040	6849	6713	.	.
Robstahlerzeugung in Westdschld. 1)	"	"	179	181	184	183	181	226	230	228	228	224	228	233	234	.	.
" USA	"	"	1986	1981	1969	1938	1932	1422	1447	1427	1395	1401	1378	1344	1357	.	1401
Kraftwagenherstellung in USA	1000 Stück	"	139	153	162	158	138	107	131	128	131	124	118	122	113	.	111
Stromverbrauch in Westdeutschland .	Mill. kWh	"	728,8	740,3	763,3	777,0	784,6	.	841,2	834,0	832,4	836,0	812,7	.	.	.	.
" West-Berlin 2).	"	"	18,8	19,0	19,3	20,0	20,3	21,6	22,0	21,7	21,6	21,2	22,4	23,1	23,5	.	23,4
Güterverkehr																	
Wagenanforderung } Deutsche	1000 Wagen	WS	327,0	324,9	331,1	335,1	339,5	340,8	344,1	340,9	343,9	339,4	336,4	344,7	.	.	.
Wagengestellung } Bundesbahn	"	"	326,3	323,5	328,9	332,3	335,8	339,3	342,0	339,1	342,1	337,7	335,3	343,6	.	.	.
Zahlungsverkehr																	
Zahlungsmittelumlauf in																	
Westdeutschland u. West-Berlin . .	Mill. DM	BSt	11411	11125	10677	.	11971	11949	11736	11404	12651	12047	11758	.	11182	12601	.
Notenumlauf d. Bank von England . .	£	Mi	1598	1580	1559	1546	1544	1662	1666	1701	1716	1717	1696	1671	1654	1650	.
" Frankreich	Mrd. frs.	Do	2162	2180	2168	2176	2212	2385	2369	2338	2386	2397	2366	2325	.	.	.
" Niederl. Bank	Mill. hfl.	Mo	3159	3105	3094	3120	3208	3393	3355	3360	3424	3469	3372	3344	3349	3447	.
" Belgisch. Nationalbk.	" bfrs.	Do	100706	99930	99236	99207	100538	101170	101104	100802	100951	102099	101109	100424	100140	101815	.
" Schweizer. "	" sfrs.	BSt	4762	4714	4722	.	4861	4879	4838	4895	4956	4874	4822	.	4286	4957	.
" Schwedisch. "	" skr.	"	.	.	.	4088	4323	.	4328	4464	.	.	.	.	4282	4525	.
" Bank von Canada	" \$	Mi	.	.	.	1550	.	.	.	1572	7) 1572	.	.	.	.	.	.
Zahlungsmittelumlauf in USA	" \$	"	30139	30158	30145	30105	30240	30154	29981	29854	29776	29893	29911	29866	29786	29923	.
Geld- und Kapitalmarkt																	
Bank deutscher Länder																	
Goldbestand	Mill. DM	BSt	983	988	988	.	1036	1754	1838	1964	2006	2048	2133	.	2221	2286	.
Inlandswechsel	"	"	1270	1172	1133	.	1328	1051	1003	962	1032	940	842	.	773	756	.
Lombardforderungen	"	"	170	175	133	.	326	25	32	31	98	8	41	.	86	98	.
Vorschüsse an die öfötl. Verwaltung.	"	"	179	182	184	.	190	96	143	171	169	175	180	.	180	159	.
Forderungen gegen die öfötl. Hand. .	"	"	4582	4044	3733	.	3988	2256	1639	1698	2398	2473	1930	.	1772	2428	.
Depositen	"	"	2042	1803	1885	.	1459	1779	1555	1929	1608	2207	1966	.	2340	1667	.
480 repräsentative Geldinstitute in Westdeutschland																	
Kurzfristige Kredite an Nichtbanken.	"	"	.	14710	.	.	14740	.	15868	.	15870	.	15863	.	.	.	.
Einlagen von Nichtbanken	"	"	.	21054	.	.	21047	.	16580	.	16542	.	16711	.	.	.	.
darunter Spareinlagen	"	"	.	4890	.	.	4951	.	7659	.	7748	.	7836	.	.	.	.
Berliner Zentralbank																	
Wechsel	"	"	42,8	36,3	30,9	.	46,9	20,2	12,6	8,3	3,0	10,5	7,5	.	6,1	7,6	.
Angekaufte Ausgleichsforderungen . .	"	"	157,8	139,7	127,7	.	145,7	140,6	140,4	136,4	163,4	157,4	144,6	.	146,6	168,1	.
Einlagen insgesamt	"	"	191,6	142,7	172,5	.	125,9	175,9	215,2	238,1	248,0	289,9	232,2	.	257,2	216,6	.
Bank von England																	
Regierungspapiere d. Emissionsabtlg.	Mill. £	Mi	1621,8	1620,7	1620,7	1571,8	1571,8	1671,2	1721,2	1721,2	1746,3	1746,3	1746,3	1696,2	1696,2	1671,2	.
Forderungen der Bankabteilung . . .	"	"	377,2	347,3	329,4	371,4	372,1	370,2	345,1	359,8	346,9	348,9	310,8	352,3	317,1	343,6	.
Depositen insgesamt	"	"	388,2	377,2	380,2	385,2	387,9	368,0	378,4	367,8	365,4	366,2	349,4	365,9	347,3	352,8	.
Bundes-Reserve-Banken USA																	
Aktiva (gesamt)	Mill. \$	Mi	50668	51261	51594	50770	50618	50414	51128	50635	50108	.	.	.	.	.	.
darunter: Goldzertifikate	"	"	20243	20246	20246	20245	20130	20387	20387	20392	20367	.	.	.	.	.	.
Regierungspapiere	"	"	24964	24964	25008	25017	25067	25037	24902	24714	24517	.	.	.	.	.	.
Einlagen insgesamt	"	"	20963	21147	21379	20981	20737	20657	20780	20708	20631	.	.	.	.	.	.
darunter: Regierungseinlagen	"	"	460	675	738	669	541	300	557	536	548	.	.	.	.	.	.
Zinssätze																	
in Westdeutschland																	
Diskontsatz d. Bank deutscher Länd.	% p.a.	Sa	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Tagesgeld in provisionsfr. Rechnung	"	"	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4
Spareinlag. m. gesetzl. Kündigungsf.	"	"	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Tagesgeld in London	"	"	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	1 1/4-1 5/8	1 1/4-1 5/8	1 1/4-1 5/8	1 1/4-1 5/8	1 1/4-1 5/8	1 1/4-1 5/8	1 1/4-1 5/8	1 1/4-1 5/8	1 1/4-1 5/8	1 1/4-1 5/8
Handelswechsel, 3 Mon., London . .	"	"	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	2 1/2-3	2 1/2-3	2 1/2-3	2 1/2-3	2 1/2-3	2 1/2-3	2 1/2-3	2 1/2-3	2 1/2-3	2 1/2-3
Effektenmarkt																	
40/oige Wertpapiere in Westdeutschland																	
Kursniveau, gesamt.	vH	BSt	80,02	79,91	79,89	.	79,75	85,11	85,50	86,16	86,52	86,58	87,18	.	88,04	.	.
dar. Pfandbriefe d. Hypothekenbanken	"	"	78,78	78,56	78,56	.	78,26	83,53	84,09	85,06	85,59	86,47	87,00	.	88,18	.	.
d. öfötl.-rechtl. Kreditanst.	"	"	82,16	82,16	82,16	.	82,16	83,44	83,75	84,81	85,00	86,00	87,00	.	87,63	.	.
Kommunalobligationen																	
der Hypothekenbanken	"	"	77,25	77,05	76,90	.	76,65	82,20	82,60	83,40	84,30	85,30	85,40	.	86,40	.	.
der öfötl.-rechtl. Kreditanstalten	"	"	84,00	84,00	84,00	.	84,00	84,33	84,33	85,17	85,17	85,67	87,00	.	87,50	.	.
Industrieobligationen	"	"	80,81	80,88	80,78	.	80,96	90,36	90,48	90,07	90,14	87,22	87,71	.	88,01	.	.
Aktienindex, Westdeutschland 3) . . .	Dez. 48 = 100	Fr	299,5	301,7	304,6	313,5	313,1	445,1	447,0	456,9	452,6	460,8	462,9	468,8	478,2	488,7	.
Aktienindex, Großbritannien 4) . . .	1.7.1935 = 100	"	122,6	123,1	124,3	124,1	124,0	160,0	159,9	158,5	160,3	163,2	167,7	166,0	170,8	171,7	.
Aktienkurse in USA 4)	\$ je Stck.	Fr	275,5	275,7	271,9	265,7	264,3	341,3	340,0	343,5	347,9	343,1	346,6	350,4	344,5	343,1	.
Wechselkurse																	
Notenfreiverkehr in Zürich	sfrs. je 100 DM	BSt	97,75	96,75	.	94,00	95,75	100,87	101,40	101,40	101,45	101,25	101,30	101,10	101,10	100,95	.
" New York	\$ je 100 DM	"	22,750	22,500	.	22,000	22,375	23,500	23,625	23,625	23,625	23,625	23,625	23,500	23,500	23,500	.
DM-Ost in Berlin (Mittelkurs)	je DM-West	Fr	5,34	4,85	4,95	4,71	4,61	4,61	4,64	4,71	4,83	4,83	4,85	4,85	4,85	4,66	.
Warenpreise																	
Großhandelsindizes																	
Rohstoffpreise in USA (Moody) . . .	31.12.31 = 100	Fr	415,6	421,3	224,0	417,1	415,5	432,0	432,3	427,1	427,3	430,8	429,7	422,8	414,3	412,2	.
" Großbrit. (Reuter)	18. 9. 31 = 100	"	487,9	490,8	487,0	488,3	485,0	481,2	482,0	480,3	481,0	480,6	478,7	479,0	481,8,		